

Mitteilungsvorlage

Drucksachen-Nr. 0220/2023
öffentlich

Gremium	Sitzungsdatum	Art der Behandlung
Integrationsrat der Stadt Bergisch Gladbach	20.04.2023	zur Kenntnis
Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann	27.04.2023	zur Kenntnis
Rat der Stadt Bergisch Gladbach	20.06.2023	zur Kenntnis

Tagesordnungspunkt

Sachstandsbericht zur Umsetzung des Projekts "10+1 Bäume"

Kurzzusammenfassung:

Kurzbegründung:

(...)

Risikobewertung:

(...)

Finanzielle Auswirkungen:

	keine Auswirkungen:	Mehrerträge:		Mehraufwendungen:	
		lfd. Jahr	Folgejahre	lfd. Jahr	Folgejahre
konsumtiv:					
investiv:					
planmäßig:				3.000,00 €	
außerplanmäßig:					

Weitere notwendige Erläuterungen:

(...)

Inhalt der Mitteilung:

In der Sitzung vom 02.02.2023 hat der Integrationsrat über die Errichtung der Gedenkstätte „10+1 Bäume für die Opfer des NSU“ positiv entschieden.

Der Beschluss umfasst die Errichtung, Pflege und Finanzierung einer entsprechenden Gedenkstätte durch den Integrationsrat in Kooperation mit verschiedenen Partnern wie dem Streuobstwiesenverein e.V., dem Bergischen Geschichtsverein Rhein-Berg e.V. sowie dem Ernährungsrat Bergisches Land e.V..

Auf Initiative von Mitgliedern des Integrationsrats konnte ein passender Ort für die Gedenkstätte auf einem Gelände der evangelischen Gemeinde Stadtmitte an der Gnadenkirche in Bergisch Gladbach identifiziert werden. Die im Rahmen einer stattgefundenen Ortsbegehung besprochenen oder verabredeten Inhalte sind dem anliegenden Protokoll vom 24.03.2023 zu entnehmen.

Die Finanzierung der Aktion in Höhe von 3.000 Euro übernimmt der Integrationsrat, wie in der Sitzung vom 02.02.2023 beschlossen, aus seinem Budget.

Die Beschaffung, Pflanzung und dauerhafte Pflege der Bäume übernimmt der Streuobstwiesenverein e.V.

Der Integrationsrat beabsichtigt im Sinne der Aktion, eine Gedenk- oder Hinweistafel an der Gedenkstätte aufzustellen und wird diese eigenverantwortlich beschaffen.

Die Kosten für den weiteren Pflege- und Erhaltungsaufwand nach Ablauf des ersten Finanzierungsjahres (Beginn Sommer/Herbst 2023) sollen jährlich neu durch den Integrationsrat beschlossen werden. Weitere Fragen zu den Vertragspartnern, Vertragsinhalten, detaillierten Planungen sowie etwaigen Folgekosten für Ersatzbeschaffungen oder Rückbaukosten müssen noch geklärt werden.

Nach Möglichkeit soll das Projekt aber im Spätsommer oder Herbst 2023 realisiert werden. Ein genaues Datum soll in Absprache aller Beteiligten baldmöglichst festgelegt werden.

Die im Zusammenhang mit der Aktion stehende Öffentlichkeitsarbeit soll eigenständig durch das Gremium, aber in Absprache mit der Geschäftsstelle des Integrationsrates, organisiert werden.